



Wir geben der Pflege eine Stimme!

Juli 2016

Die Missachtung hat System



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie Sie vielleicht bereits aus der Presse oder von Ihren Berufsverbänden erfahren haben, hat der Ministerrat in Bayern das Konstrukt der Gesundheitsministerin gebilligt. Sie nennt das neuerdings "Vereinigung der bayerischen Pflege". Diese Bezeichnung ist schlicht eine Frechheit und deutliches Zeichen der Hybris, die als Triebfeder der bayerischen Politik gegenüber den Pflegenden wirkt. Eine Vereinigung ohne die Verbände der Pflege, ohne die Dekanekonferenz der Pflegestudiengänge und ohne den größten Wohlfahrtsverband Bayerns, die Caritas. Ein paar durch Nichts legitimierte Pflegenden, ausgesucht von der Ministerin, ihren Paladinen und den Arbeitgebern, dazu Juristen, Sozialwissenschaftler und Ärzte gründen eine „Vereinigung der Bayerischen Pflege“, das ist, als würden fünfzehn

Analphabeten eine Vereinigung der Bayerischen Literaten gründen.

Die Zielsetzung ist klar: Der Ministerin ist es wichtig, eine Selbstverwaltung der Pflege unbedingt zu verhindern, da sind Sachargumente ebenso unerheblich, wie die politische Frage, wo Bayern, so plump abgehängt denn künftig in der Pflegepolitik auf Bundesebene bleibt. Doch um die Pflege klein zu halten, schieben die Kammergegner solche Fragen bei Seite schieben. Hauptsache weiter die Kontrolle über die bayerischen Pflege, die Interessen der Pflegenden sind dabei ähnlich unwichtig, wie die Interessen der Bürger, die pflegerische Unterstützung in Anspruch nehmen müssen. Daran sollten wir bis Herbst 2018 denken. Ihr Förderverein wird tätige Mithilfe dazu leisten, dass diese Politik nicht in Vergessenheit gerät.

Nicht vergessen werden wir auch die Personen, die dieses Desaster im Wesentlichen verantworten:

Ministerpräsident Horst Seehofer bei der Klausurtagung der CSU in Kloster Andechs: *"Die Zuverlässigkeit unserer Politik stellt ein großes Kapital dar."*

Man mag es offen lassen, ob diese Aussage witzig oder zynisch gemeint war, aber gemessen an seinen Ministern trifft unser Ministerpräsident mit dieser Aussage perfekt daneben:

Hier war zunächst Markus Söder, dessen Urkunde über ein Bündnis zur Gründung einer Pflegekammer in Bayern gerade direkt vor meinen Augen hängt. Angesichts seines Abstimmungsverhaltens scheint in der Staatsregierung eine seltsame Vorstellung davon zu bestehen, was „zuverlässig“ bedeutet. Der Abschluss eines Bündnisses mit diesem „witzigen“ Minister scheint zumindest ein wenig risikobehaftet.



Deutlich weniger lächerlich aber ebenso „zuverlässig“ ist Marcel Huber, Söders Nachfolger und Initiator einer Umfrage zur Meinung der Pflegenden in Sachen Pflegekammer. Bevor 34% der Befragten sich gegen, aber 51% für eine Kammer ausgesprochen hatten, betonte der Minister stets, er werde das Votum der Pflegenden achten (vgl. Bay. Landtag. Plenarprotokoll 16/121 v. 05.03.2013).



Wer nun glaubt, noch unterirdischer ginge nicht, sieht sich stante Pedo eines Besseren belehrt.

„Nicht so viel besser“ scheint die aktuelle Gesundheitsministerin auf dem Bild sagen zu wollen, und in der Tat, die Mindesthaltbarkeit von Aussagen bayerischer Minister hat sie nochmals unterboten. Zu Recht betonte die Ministerin noch 2014: *„Bayerns Pflegekräfte*





Wir geben der Pflege eine Stimme!

befürworten die Einrichtung einer Pflegekammer!" Aber bereits 2015 aber begann sie, ein Konstrukt ins Leben zu rufen, das eine Pflegekammer verhindern soll. Dass sie die Pflegeverbände mit ständig ändernden Zusagen zielgerichtet von jeder Mitwirkung fern hielt, wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach berichtet. Mit beispielhafter Rabulistik versucht sie regelmäßig, das Abstimmungsergebnis von 2013 kleinzureden.

Dieses Konstrukt ist nun auch mit den Stimmen dieser drei Minister und des Zuverlässigkeitsapologeten Horst Seehofer vom Ministerrat verabschiedet worden.

Jetzt, liebe Mitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt es deutlich zu machen, dass wir so nicht mit uns umspringen lassen. Seien Sie jetzt aktiv, wenden Sie sich an Ihre Wahlkreisabgeordneten des Bayerischen Landtags, schreiben Sie an den Ministerpräsidenten, das Ministerium und an die Staatskanzlei. Nutzen Sie die öffentlichen Veranstaltungen dieser Zuverlässigkeitsminister und sprechen Sie diese auch an. Beteiligen Sie sich an unseren Protestaktionen. Wir werden Sie darüber zeitnah informieren.

Mit kollegialen Grüßen

Jürgen Hollick
Vorsitzender

News

Die Pflegeverbände protestieren gegen das Konstrukt:

<http://bayerischer-landespflegerat.de/presse/pressemitteilungen/>

<https://www.dbfk.de/de/presse/meldungen/2016/Bayerisches-Kabinett-verbaut-Weg-zur-Pflegekammer.php>

Auch unser **Vorstandsmitglied Irmgard Hofmann** wendete sich direkt an die Ministerin und alle Abgeordneten des Bayerischen Landtags mit nachstehendem Schreiben:

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Huml, sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

mit dem im Kabinett beschlossenen Gesetzesentwurf „Vereinigung der bayerischen Pflege“ werten Sie die Pflegeberufe nicht auf, sondern zurren die seit Jahrzehnten bestehende Fremdbestimmung der Pflege endgültig fest und werten damit die Pflegeberufe ab.

Eine sogenannte „Vereinigung der bayerischen Pflege“ als „Interessenvertretung für die Pflegeberufe“ zu deklarieren, ist insofern ein Widerspruch, als Einrichtungsträger, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und die Bayerische Krankenhaus-Gesellschaft beteiligt sind. Diese Gruppierungen stehen nicht unbedingt in dem Ruf, das Interesse der pflegebedürftigen Menschen, geschweige denn der Pflegenden zu vertreten, sondern sie wollen überwiegend in erster Linie Kosten senken. Nicht umsonst lehnen es die pflegerischen Berufsverbände (organisiert im bayerischen Landespflegerat) sowie die Bayerische Dekanekonferenz Pflege – also die echten Interessenvertretungen der Pflege in Bayern – strikt ab, Ihr bayerisches Sondermodell mitzutragen.

Die Einrichtungsträger, Arbeitgeberverbände (insbesondere der bpa) und leider auch die Gewerkschaft Ver.di. tragen seit Jahren dazu bei, dass eine bessere Anerkennung der Pflegefachpersonen (auch in finanzieller



Wir geben der Pflege eine Stimme!

Hinsicht) verhindert wird und damit die Qualität der Pflege sinkt. Dass diese Verbände nicht die Interessen der Pflegenden vertreten, erkennt man u.a. daran, dass es in vielen (besonders privaten) Pflegeeinrichtungen keine Tarifverträge gibt. Gerade die Gewerkschaft Ver.di wäre hier gefordert, mit dem Arbeitgeberverband bpa (Bundesverband Privater Anbieter) für eine gerechte Bezahlung und menschliche Arbeitsbedingungen zu sorgen. Doch statt sich wirklich für das Wohlergehen der Pflegenden einzusetzen, stehen sie Seite an Seite mit dem bpa, um unbedingt eine Pflegekammer zu verhindern. Neben der Selbstverwaltung der beruflich Pflegenden verhindern sie damit auch eine qualitativ hochwertige Pflege, weil diese nur durch eine starke Selbstverwaltung mit Pflichtmitgliedschaft überhaupt durchgesetzt werden kann.

Wir als Pflegenden brauchen keine weitere „Interessenvertretung“. Dafür haben wir unsere Berufsverbände. Wir brauchen aber zwingend die Pflegekammer als legitime berufliche Selbstverwaltung mit Verankerung im Heilberufekammergesetz Bayern.

Alle „Argumente“, schon in der Wortwahl „Zwangs...“ als Schreckgespenst der Kammergegner dargestellt, wurden wiederholt als Scheinargumente entlarvt, u.a. der Kammerbeitrag, der immer wieder überhöht als „Zwangsbeitrag“ dargestellt worden ist. In Rheinland-Pfalz sind die Beiträge mittlerweile von der Vertreterversammlung beschlossen worden und liegen für die meisten Mitglieder der Pflegekammer unter 10,00 Euro. Auch alle anderen Äußerungen der vereinigten Kammergegner wurden als Unwahrheiten, Falschdarstellungen, Verdrehungen und Ablenkungsmanöver entlarvt. Dies haben zumindest Ihre Politikerkolleginnen und –Kollegen in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen erkannt. Woran liegt es bei Ihnen, dass Sie Wahrheit nicht erkennen, und diesen aberwitzigen Irrweg weiter verfolgen?

Mit der „Vereinigung der bayerischen Pflege“ werden gerade nicht die Berufsangehörigen und die Fachlichkeit gefördert sondern im Gegenteil rein wirtschaftliche Interessen gestärkt. Diese „Vereinigung“ behindert eine qualitätsorientierte Pflege – und wird weiter zur Verschlechterung der pflegerischen Bedingungen für die pflegebedürftigen Menschen ebenso wie für die Pflegenden beitragen. Und diese Verschlechterung wird aus Steuermitteln finanziert.

Alle Parlamentarier, denen eine menschenwürdige Pflege wirklich am Herzen liegt, mögen diesen Gesetzesentwurf unbedingt ablehnen, um nicht auf Jahre eine völlige Fehlkonstruktion – die bundesweit inzwischen nur noch belächelt wird – zu etablieren.

Mit freundlichen Grüßen
Irmgard Hofmann